

Einführung

Das Ergebnis der Europawahlen vom Juni 2009 deuteten die meisten Kommentatoren als „Rechtstrend“ und „Rechtsruck“. Manche beschworen den Aufstieg eines neuen Nationalismus, der das europäische Projekt auf mittlere Sicht gefährden könnte. In vielen Ländern zogen – weiche oder harte – Europaskeptiker gestärkt oder erstmals in das Europäische Parlament ein, erweiterten vorhandene oder bildeten neue Fraktionen. Die gewachsene Unzufriedenheit mit der EU fand darüber hinaus in einer besonders geringen Wahlbeteiligung ihren Niederschlag. Mit europaweit etwa 43 Prozent gingen nochmals weniger Bürger an die Urnen als fünf Jahre zuvor (2004: 45,5 Prozent). Nie war die Wahlbeteiligung bei Europawahlen niedriger. Den Negativrekord stellte ein neues EU-Mitgliedsland auf, die Slowakei, mit einer Wahlbeteiligung von lediglich 19,6 Prozent.

Betrachtet man mit der Slowakei eine Gruppe benachbarter Länder in der Mitte Europas: Tschechien, Polen, Deutschland, Österreich und Ungarn, ergibt sich indes ein alles andere als einheitliches Bild. Zu den Sorgenkindern nach den Maßstäben der Werteordnung des europäischen Verfassungsprojekts zählen alte wie neue, „westliche“ wie „östliche“ Mitgliedsstaaten. Europaskeptiker treten nicht nur am rechten, sondern auch am linken Flügel des politischen Spektrums hervor, und wo sie links stark sind, bleiben sie mitunter rechts schwach. Auf dem Markt europaskeptischer Populismen bilden linke und rechte Programmelemente nicht selten eigenartige Synthesen. Und schließlich bremst weiche Europaskepsis mancherorts das Reüssieren harter extremistischer Varianten.

Dies gilt für Tschechien wie für die Slowakei, wo europaskeptische Töne in der demokratischen Mitte wie auch – heftiger – am linken Flügel vernehmbar sind. Während jedoch rechtsextremistische Parteien in Tschechien seit Jahren ein Randphänomen darstellen, ist der slowakisch-nationalistischen SNS nach einer Schwächephase sogar die Rückkehr in die Regierungsverantwortung (im Jahr 2006) gelungen – als Juniorpartner in einem nirgendwo sonst in Europa in dieser Form anzutreffenden kuriosen Bündnis mit der linkspopulistischen Partei „Smer“. Wie die Politikwissenschaftler Lukáš Novotný (Ústí nad Labem) und Tom Thieme (Chemnitz) in ihrem Beitrag zeigen, geht derzeit auch in der Slowakei von der SNS keine akute Gefahr für den Bestand des Verfassungsstaates aus. Allerdings trägt ihr Einfluss maßgeblich zur politischen und gesellschaftlichen Polarisierung, zur „Verrohung des politischen Klimas“ und zur Verbreitung historischer Zerrbilder bei. Eine militant-gewaltbereite rechtsextreme Szene gedeiht auf diesem Humus und stellt – wie auch im Nachbarland Tschechien – ein Problem für die innere Sicherheit dar. Die „massive Stimmungsmache gegen Nicht-Tschechen bzw. Nicht-Slowaken“ geht indes nicht nur von marginalen Kräften aus, sondern spiegelt in der Bevölkerung verbreitete Einstellungsmuster wider und wirkt auf verschlungenen Wegen in die militanten Szenen zurück.

Die Ressentiments der SNS gegenüber der ungarischer Minderheit im eigenen Land finden auf ungarischer Seite ihre Entsprechung in einem großungarischen Nationalismus, dessen Trägerin nach der Transition vor allem die Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens (MIÉP) war. Sie verlor jedoch mit ihrem alternden autoritären Parteichef Csurka an Bedeutung und hat nicht mehr von der im Herbst 2006 begonnenen „Glaubwürdigkeitskrise“ profitieren können. Stattdessen traten andere Akteure auf den Plan. Die noch bei der Parlamentswahl von 2006 (im Bündnis mit der MIÉP) erfolglose, von jungen Männern getragene „Jobbik“ erhielt Zulauf und erreichte bei der Europawahl 2009 14,8 Prozent der Stimmen. Eine von ihr initiierte, inzwischen verbotene paramilitärische Truppe, die „Ungarische Garde“, kultivierte Ressentiments gegen die Roma und verbreitete bei der Minderheit mit Aufmärschen Angst und Schrecken. Der subkulturelle wie der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus kann nach Melani Barlai und Florian Hartleb zumindest nicht in erster Linie als Transformationsfolge interpretiert werden. Sie deuten ihn vornehmlich als Symptom einer Posttransformationskrise, zu deren Ausbruch die Großparteien maßgeblich beigetragen hätten. Ihnen gehe die Fähigkeit zur „diskursiven Konsensbildung“ ab, und sie täten wenig, um alte Gräben zuzuschütten. Die nationalpopulistische „Fidesz-Partei“ grenze sich überdies nicht hinreichend von der „Jobbik“ ab, lasse sich auf kommunaler Ebene sogar auf politische Bündnisse mit ihr ein. Zudem sei ihr offenbar nicht daran gelegen, „Ressentiments gegenüber den Roma und andere Stereotype aufklärerisch zu entkräften“.

Ungeachtet der demokratietheoretischen Grundsatzproblematik zeigen internationale Vergleichsstudien, dass nicht nur konsequente Abgrenzung, sondern auch eine Strategie der Einbindung in breitere Regierungsbündnisse unter Umständen zur politischen Marginalisierung von Antiestablishmentparteien beitragen kann. So endete die zweijährige Regierungsbeteiligung der beiden populistischen Parteien „Samooobrona“ und „Liga der Polnischen Familien“ bei der Parlamentswahl von 2007 mit einem politischen Desaster, von dem sie sich bei der Europawahl 2009 nicht wieder erholen konnten. Die beiden polnischen Politikwissenschaftler Aleksandra Moroska (Wrocław) und Krzysztof Zuba (Opole) ziehen aus diesem Vorgang eine grundsätzliche Schlussfolgerung im Blick auf die Erfolgsbedingungen populistischer Parteien, die sie durch eine zweifache Exklusion (vertikale Dimension: „wir“ gegen „die da oben“; horizontale Dimension: „wir“ gegen „die anderen“, d. h. „fremde“ Minoritäten, Gruppen, Organisationen, Institutionen) gekennzeichnet sehen: Aufgrund ihrer Antihaltungen gewinnen sie unter günstigen Rahmenbedingungen (in der Bevölkerung verbreitete Bedrohungs- und Krisenstimmung) Anhang, verlieren diesen aber wieder rasch, wenn sie aus der Rolle oppositioneller Kritiker in die Situation gestalter der Entscheider versetzt werden und sich das politische Klima aufhellt.

Österreich scheint diese Regel zu bestätigen. Hier führte die FPÖ-Regierungsbeteiligung unter zwei ÖVP-geführten Bundesregierungen (2000–2005) zu einem erheblichen Rückgang der Wählergunst und einer dramatischen

Zunahme innerparteilicher Konflikte. Eine Parteispaltung war die Folge. Allerdings hat sich die Schwächung der Populisten nicht als dauerhaft erwiesen. Während Jörg Haider's Neugründung BZÖ nur in Kärnten zu reüssieren vermochte und durch dessen Unfalltod ihren politischen Kopf verlor, gewann die FPÖ unter dem charismatischen Parteiführer Heinz-Christian Strache neue Anziehungskraft. Inzwischen spielt sie wieder die altbekannte Rolle als Protestvehikel und Druckmittel gegen die Große Dauerkoalition. Wie der Pariser Politikwissenschaftler Patrick Moreau erläutert, dürfte die Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung auch damit zu erklären sein, dass verbal-radikale Bekundungen nicht ganz ernst genommen werden: „Nichts in der Politik der Beteiligung der nationalpopulistischen Rechten an der Macht in Österreich hat jemals an eine nationalsozialistische Versuchung erinnert. Diese ‚radikale‘ Rechte ist akzeptiert, und niemand macht sich wegen ihrer möglichen erneuten Machtbeteiligung in einer Koalition mit der ÖVP oder der SPÖ große Sorgen.“

Wie anders ist doch die Situation in Deutschland, wo rechtsextreme Parteien auf nationaler Ebene so gut wie keine Rolle spielen und doch ständiger Gegenstand öffentlicher Besorgnis bleiben. Neben Unterschieden im Umgang mit der Geschichte ist dies vor allem mit der politisch motivierten Gewalt zu erklären, die nach dem dramatischen Anstieg in den Jahren nach der Vereinigung zwar zurückgegangen ist, sich jedoch auf einem vergleichsweise hohen Niveau hält. Zudem konnte eine harte rechtsextremistische Partei, die NPD, insbesondere in den östlichen Bundesländern und dort vielfach in symbiotischer Beziehung zu militanten Szenen hohe Wahlergebnisse erzielen und in zwei Landesparlamente einziehen. Der Politikwissenschaftler Henrik Steglich, der die Erfolgsbedingungen von Rechtsaußenparteien in einer Dresdener Dissertation systematisch untersucht hat,¹ zeigt in seinem Beitrag die Komplexität des Faktorenbündels auf, mit dessen Hilfe dieses Phänomen verstehbar wird. Offenkundig nutzte die NPD erfolgreich die besonderen Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen im östlichen Deutschland: „Die neuen Bundesländer befinden sich sowohl ökonomisch als auch bezüglich der Verankerung demokratischer Strukturen noch im Transformationsprozess. Die NPD macht sich dies zunutze. Sozialprotest, Antikapitalismus und gegen die westliche Wertegemeinschaft gerichtete Aussagen stellen einen wesentlichen Bestandteil ihrer Werbebotschaften dar.“ Die NPD betreibe dort „Aufbauarbeit“, wo die etablierten politischen und gesellschaftlichen Akteure schwach seien: im ländlichen Raum. Sie habe sich „sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen auf die Bedingungen einer Transformationsgesellschaft eingestellt“ und profitiere davon.

Ohne angemessene Berücksichtigung der Akteurseigenschaften und -fähigkeiten lassen sich die Erfolge und Misserfolge von Rechtsaußenparteien mithin kaum erklären. Denn günstige Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstruktu-

1 Vgl. Henrik Steglich, Rechtsaußenparteien in Deutschland: Bedingungen ihres Erfolgs und Scheiterns, Göttingen 2010.

ren allein genügen nicht. Sie müssen vielmehr im Wettbewerb mit anderen Akteuren des Parteiensystems in politische Münze, insbesondere Wählerstimmen, umgesetzt werden. Und um dies nicht nur bei einem einzigen Wahlgang, sondern über eine längere Periode zu bewerkstelligen, sind anspruchsvolle programmatische, personelle, organisatorische und strategische Anforderungen zu erfüllen, denen viele Nicht-Etablierte kaum gewachsen sind. Die Fälle Polen, Tschechien, Deutschland, Österreich liefern dafür überzeugende Beispiele. Aber auch in der Slowakei und Ungarn dürfte der Prozess der Demokratiekonsolidierung und der europäischen Einbindung so weit fortgeschritten sein, dass trotz ernsthafter extremistischer Herausforderungen eine Systemkrise auf absehbare Zeit ausgeschlossen erscheint.

Uwe Backes